

«Bleiben wir cool»

Bilaterale Der Bund will das Abkommen nicht gefährden

Der Bund zieht eine positive Bilanz über die Auswirkungen der bilateralen Abkommen. Diese hätten sich als Wachstumsmotor für die Schweiz erwiesen. Gleichzeitig warnte er vor einem Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit.

JESSICA PFISTER

Im Hinblick auf die Abstimmung über die Fortsetzung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit geht der Bund in die Offensive: Die Staatssekretäre im Aussendepartement und im Volkswirtschaftsdepartement, Michael Ambühl und Jean-Daniel Gerber, warnten an der gestrigen Medienkonferenz in Bern davor, dass bei einem Nein zur Personenfreizügigkeit das Schicksal der gesamten Bilateralen gefährdet sei. So wäre der Bundesrat juristisch dazu verpflichtet, das Abkommen zu kündigen, worauf dieses sechs Monate später ausser Kraft treten würde – und mit ihm die übrigen sechs Abkommen der Bilateralen I. «Da gibts nichts zu spekulieren», sagte Ambühl auf die Frage nach allfälligen umgehenden Neuverhandlungen.

Wohlstand und Arbeitsplätze

Die Zwischenbilanz zu den Bilateralen I fällt nach über sechs Jahren einer Analyse der Verwaltung zufolge positiv aus. Durch die Abkommen würden in der Schweiz Wohlstand und

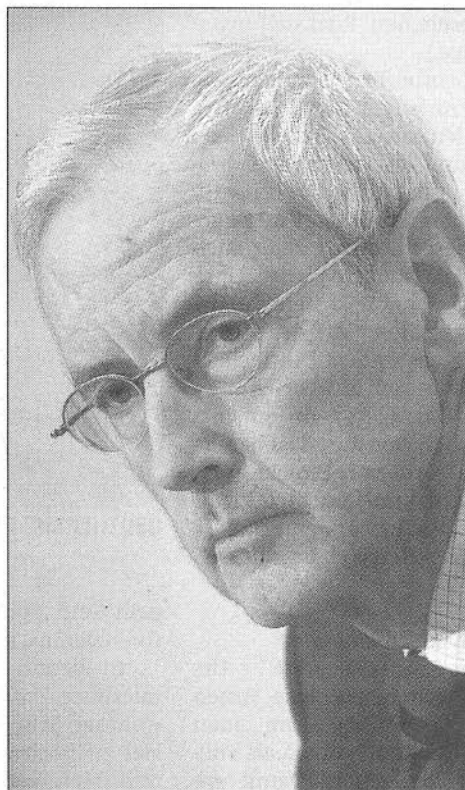
Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. «In Zeiten einer unsicheren Wirtschaftsentwicklung sind diese stabilen und bewährten Rahmenbedingungen besonders wichtig», betonten beide Staatssekretäre. Deshalb wäre es ein Fehler, in einer Phase der Unsicherheit den kühlen Kopf zu verlieren und die Grundlage der Wirtschaftsbeziehungen mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern aufs Spiel zu setzen. «Bleiben wir cool», sagte Gerber.

Befürchtungen unbegründet

Aufgrund der Wirtschaftslage rechnet er damit, dass weniger Arbeitnehmer aus der EU in die Schweiz kommen werden. Die Mehrheit derer, die in den letzten Jahren gekommen seien, seien hoch qualifiziert, jung und mobil und deshalb weniger von Arbeitslosigkeit betroffen. Dennoch werde diese wieder steigen, was aber nicht der Personenfreizügigkeit, sondern der Konjunktur zuzuschreiben sei.

Der Personenfreizügigkeit sei es hingegen zu verdanken, dass sich das Bruttoinlandprodukt dauerhaft um mindestens 1,0 Prozent oder 4 bis 5 Milliarden Franken erhöht habe. Ohne Öffnung des Arbeitsmarkts wäre das starke Beschäftigungswachstum mit 250 000 neuen Stellen nicht möglich gewesen: «Die Abkommen der Bilateralen I haben sich als Wirtschaftsmotor erwiesen», folgerte Gerber.

Zudem hätten sich laut Ambühl die verschiedenen Befürch-



WARNT VOR ABSTIMMUNGS-NEIN Seco-Direktor Jean-Daniel Gerber. LAUENER/REUTERS

tungen der Kritiker über steigende Arbeitslosigkeit und Lastwagen-Lawinen nicht bewahrheitet. Die Arbeitslosigkeit sei in den letzten Jahren konjunkturbedingt um rund einen Drittel gefallen. Und der steile Wachstumstrend der alpenquerenden Lastwagenfahrten habe dank den im Landverkehrsabkommen geregelten Massnahmen gestoppt werden können.